die rechtsbrecherische Handhabung des „Republikenschutzgesetzes“⁷⁴, die Kommunistenverfolgung während der Zeit der Weimarer Republik⁷⁵, insbesondere auch die Anwendung der verschiedenen Notverordnungen dieser Zeit seitens der Justiz - um nur einige Marksteine zu nennen - belegt den Fortgang der Umgestaltung von Strafrecht und Strafjustiz zum Stützpfiler imperialistischer und • militaristischer Gewaltherrschaft, zu einem Mittel zur Unterdrückung jeglicher revolutionärer und später auch demokratischer, antiimperialistischer Bewegung, seit neuestem auch zur Diskriminierung und Verfolgung jeder konsequenten antiimperialistischen Friedensbewegung.⁷⁶

Der Imperialismus brachte eine offen reaktionäre rechtsbrecherische Politisierung der Justiz nicht nur in dieser Form hervor. Eine andere Form war die Entfaltung eines *außergerichtlichen*, bis zu massenhaften Morden gehenden *Terrors* gegen die Arbeiterbewegung durch Organisationen des Monopolkapitals (Schwarze Reichswehr, NS-Organisationen, Polizei oder Militär). Auch hier bewies sich die Justiz als Stützpfiler imperialistischer Gewaltherrschaft, indem sie solche Verbrechen nicht nur nicht verfolgte, sondern durch die Art der Rechtsprechung dazu noch ermunterte. Die Geschichte der deutschen Justiz während der Zeit der Weimarer Republik liefert eine Fülle von Beispielen, wie auch diese Seite systematisch entfaltet und ausgebaut wurde. Gegen Ende der Weimarer Republik finden wir eine „politische Justiz“ vor, die sich voll und ganz in den Dienst der Interessen des Monopolkapitals gestellt und ihren Beitrag zur Vorbereitung der Herrschaft <les deutschen Faschismus geleistet hatte. Es gehört zu den Irreführungsversuchen der bürgerlich-imperialistischen Strafrechtstheorie nach dem zweiten Weltkrieg, wenn sie die Justiz als Opfer der Naziherrschaft darzustellen sucht, die irgendwie und unversehens in den Strudel faschistischer Verbrechen gezogen worden sei.

In diesen Prozeß der Verwandlung von Strafrecht und Strafjustiz in Stützpfiler imperialistischer Gewaltherrschaft einbezogen war die *Verwandlung von Teilen der Polizei in eine arbeiterfeindliche, konterrevolutionäre Garde*, die zu jedem Einsatz gegen die Arbeiterbewegung - sei es gegen streikende Arbeiter, sei es im Kampf gegen die Novemberrevolution und gegen Teilerfolge derselben in den verschiedenen Ländern des Deutschen Reiches, sei es bei der Niederschlagung antifaschistischer Bewegungen

oder Empörungen der Arbeiter gegen konterrevolutionäre Anschläge - bereit war.⁷⁷ Zusammen mit der von reaktionären, militaristischen Kräften beherrschten Reichswehr bildete sie das unmittelbare Gewaltinstrument, dessen sich das Monopolkapital zur Verfolgung seiner reaktionären Ziele jederzeit bedienen konnte. Das in ein Instrument der politischen Gesinnungsverfolgung verwandelte und in der Weimarer Republik durch Notverordnungen und Rechtsprechung weiter ausgehöhlt Strafrecht gab allen diesen Aktionen von Polizei und Reichswehr den Schein der Legalität und jeden Vorwand zum Einschreiten gegen die demokratischen Aktionen der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten Schichten des Volkes.

Der Prozeß der Verwandlung von Strafrecht und Strafjustiz in Stützpfiler imperialistischer Gewaltherrschaft vollzog sich gleichlaufend mit Wandlungen innerhalb der Strafrechtstheorie und mit deren tatkräftiger ideologischer und winkeladvokatorischer Schützenhilfe. Die alte sogenannte klassische bürgerliche Strafrechtslehre - die stets die Position der Bourgeoisie vertreten und ihren Beitrag dazu geleistet hatte, die ehemals fortschrittlichen bürgerlichen Strafrechtstheorien zu formalistischer Erstarrung zu bringen - zeigte sich den neuen politischen Forderungen der sich zum Monopolismus entwickelnden Bourgeoisie und den dahinter stehenden sozialen Antagonismen nicht gewachsen. Es blieb der sich entwickelnden imperialistischen Strafrechtstheorie vorbehalten, die alte

74 Gesetz zum Schutze der Republik, in Kraft getreten am 21. Juli 1922 (Reichsgesetzblatt 1922 Nr. 52 S. 585).

75 Vgl. dazu M. Liepmann, *Kommunistenprozesse. Ein Rechtsgutachten*, München 1928; vgl. ferner V. Schöneburg, *Proletarisches Erbe in der deutschen Rechtswissenschaft: Felix Halle (1919 bis 1933)*, Berlin 1983 (jur. Diplomarbeit).

76 Vgl. K. Wille/I. Lewandowski, „Kriminalisierung der Friedensbewegung in der BRD“, *Neue Justiz*, 1987/3, S. 105 ff.

77 Vgl. *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. 3, Berlin 1966, S. 182 ff.; J. Renneberg/L. Frenzel/R. Dähn, *Die historischen Grundlagen der westdeutschen Strafrechtsreform und die Funktion ihrer Schuld- und Verantwortungsdoktrin bei der Integration des Strafrechts in die innere Staatsreform*, Bd. 1, Potsdam-Babelsberg 1970, S. 77 ff. (Aktuelle Beiträge der Staats- und Rechtswissenschaft, H. 54).